gersnot vergrößernde Streiks der Gewerkschaft.

Und auf die Gefahr hin, „den Kopf gleichzeitig gegen zwei Mauern zu rennen: gegen den gedankenlosen Widerstand der öffentlichen Meinung und gegen den nicht weniger gedankenlosen Widerstand der paralysierten Staatsmacht", warnte er schon im Herbst 1981 seine polnischen Freunde vor anarchistischen Ultras und „agents provocateurs", die mit „Solidarność"-Aktionen das Land „destabilisieren" und so auf den Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen nach dem Muster „Prag 1968" hinarbeiten würden.

Als dann in der Nacht zum 12. Dezember das Gewerkschaftspräsidium die Beschlüsse gegen einen Kompromiß trotz aller Appelle der Kirche nochmals bekräftigte, mußten nach Meinung Schaffs die Moskauer Spitzel tatsächlich annehmen, „Solidarność" werde jetzt den Aufstand gegen Partei und Staatsmacht vollführen. Das Gerücht ging um, Kampfgruppen würden in den Fabriken organisiert, um zum Jahreswechsel die Macht im Lande zu übernehmen.

Er habe Beweise, so Schaff weiter, daß daraufhin die Warschauer-Pakt-Truppen am 17. Dezember 1981 tatsächlich in Polen einmarschiert wären – wenn nicht Parteichef Jaruzelski in der Nacht zum 13. Dezember das Kriegsrecht ausgerufen und die „Solidarność" entmachtet hätte.

Nicht Lech Walesa, sondern der im Westen geschmähte General Jaruzelski habe mit dieser Tat den Friedensnobelpreis verdient, verkündete nun Schaff – und galt von da an auch bei den ins westeuropäische Exil abgewanderten Intellektuellen und „Solidarność"-Funktionären als „Schweinehund", der sich doch wohl nur wegen persönlicher Vorteile bei Jaruzelski habe einschmeicheln wollen.

Der Wanderer zwischen den Welten rechtfertigt sein Eintreten für Jaruzelski mit der Annahme, daß am ehesten der General die Reformkräfte in der Partei gegen die wieder tonangebenden „Kommuno-Faschisten" und „Kreml-Vasallen" (Schaff) sammeln könne – mit dem Ziel einer Wende nach dem Vorbild Kádárs viele Jahre nach dem Ungarn-Aufstand 1956.

Doch anders als in Ungarn blieb in Polen der Graben des Mißtrauens zwischen Volk und Partei unüberwindlich. Folgerichtig fand auch der Partei-General keinen Rückhalt an der Basis. Und entsprechend mächtig blieb der moskauhörige Parteiflügel um Außenminister Stefan Olszowski.

Der empfand den Human-Philosophen Schaff als besonders lästig, weil er genuin marxistisch argumentiert. Inzwischen hatte ihn die Moskauer „Woprossy Filosofii" in einem Artikel als „bourgeoisen Ideologen" entlarvt, der nichts Geringeres als die „Spaltung der kommunistischen Bewegung" betreibe.

Schließlich entschloß sich der vorsichtig lavierende Jaruzelski wohl, der Olszowski-Fraktion nachzugeben und mit Adam Schaff „seinen Offizier zu opfern, um einen Bauern zu retten", deutet ein Warschauer Akademie-Kollege den überraschenden Partei-Hinauswurf.

Der seiner Ämter und Funktionen nun gänzlich beraubte alte Mann wohnt weiterhin in Warschau und arbeitet weiterhin im Forschungszentrum Wien – und er glaubt auch weiterhin an die erst noch anbrechende Ära des wahren Sozialismus.

Dank der Computer-Revolution, schreibt der unverbesserliche Kommunist Schaff in seinem neuesten Buch, werde es nach einer Phase schwerer sozialer Konflikte zu „einem nie dagewesenen Wohlstand der gesamten Bevölkerung" kommen. Dann endlich werde es auf der Welt so schön, daß sich schon beim Ausmalen „die Grenzen zwischen der nüchternen wissenschaftlichen Analyse und Science-fiction verwischen".

Ähnlich schöne Erwartungen hegte ja auch Engels in seinem langen Brief an Wera Sassulitsch, damals, 33 Jahre vor der Oktoberrevolution, die dann einen anderen Verlauf genommen und solche Hoffnungen gründlich zunichte gemacht hat.

Hoffentlich ist Adam Schaff wenigstens so realistisch, daß er, wenn auch nur insgeheim, seiner Utopie jene Befürchtung von Engels nachgestellt hat: „Es ist möglich, daß dies auch mir passieren wird."



Systemkritiker Kolakowski
„Kommunismus ist Repression"

SPANIEN

Staat im Staat

Der Justizapparat, weitgehend kontrolliert von der rechten Opposition, behindert die Reformvorhaben der sozialistischen Regierung.

Die Freude der Opposition war so groß, daß sie die Siegesfeier sogar öffentlich im Fernsehen ankündigte: „Heute nacht besauf' ich mich", jubelte der Sprecher der konservativen Opposition, José María Ruiz Gallardón.

Tatsächlich schien der Rechten Spaniens ein großer Coup gelungen zu sein: Das Gesetz der sozialistischen Regierung, das die Abtreibung in besonderen Fällen legalisieren sollte, war blockiert. Auf Antrag der Opposition hatte das Verfassungsgericht die Reform für verfassungswidrig erklärt und vom Gesetzgeber Präzisierungen verlangt.

Nach dem Urteil werden auch weiterhin rund 300 000 Spanierinnen jährlich heimlich abtreiben müssen, bei Kurpfuschern oder zu Hause im Bad mit Seifenlauge. Nur die reichen Frauen – 40 000 waren es im vorigen Jahr – können es gefahrlos und legal in den Kliniken Londons und Amsterdams tun. Das hatten dieselben Richter in einem anderen Urteil ausdrücklich erlaubt.

Die Blockierung des Reformgesetzes durch das oberste Gericht des Landes zeigte erneut, wie schwer es die sozialistische Regierung hat, Spanien gemäß ihrem Wahlversprechen zu modernisieren – trotz absoluter Mehrheit im Parlament. Bei den letzten Wahlen 1982 von der Macht gedrängt, versucht die Rechte mit allen Mitteln, die überfälligen Reformen zu verhindern oder wenigstens hinauszuschieben.

Dabei hatte Ministerpräsident Felipe González zum Ärger vieler seiner Wähler die Reformen recht vorsichtig angepackt und – um die katholischen Moralhüter nicht allzusehr zu schrecken – vor eineinhalb Jahren ein vergleichsweise gemäßigtes Abtreibungsgesetz vorgelegt.

Schwangerschaftsabbruch sollte danach nur in drei Fällen erlaubt werden: nach Vergewaltigung, bei Mißbildung des Fetus und bei schwerer Gefahr für die Mutter, also bei den drei klassischen Indikationen, der ethischen, der eugenischen und der medizinischen.

Doch systematisch verweist die rechte Opposition alle Gesetze, die ihr altes Spanien modernisieren sollen, ans Verfassungsgericht. Ein gutes Dutzend Reformgesetze liegt schon bei Gericht vor, darunter die Reform des Schulwesens, ein Universitätsgesetz, ein Gewerkschaftsgesetz und ein Gesetz zur gerechteren Regelung des Finanzausgleichs der Regionen.

Von der Arbeitslast schier erdrückt, beklagte der Präsident des Verfassungsgerichts, Manuel García Pelayo, „den

Mißbrauch", der mit den obersten Richtern getrieben wird.

Besorgt darüber, daß die Opposition durch Anrufung des Gerichts alle Reformversprechen ganz legal über Jahre hinaus blockieren könnte, verabschiedete das Parlament ein Gesetz, das die Überweisung an das Verfassungsgericht erschweren soll.

Doch die Rechte ließ nicht locker – auch dieses Gesetz liegt beim Verfassungsgericht. Vergebens hatte der nicht gerade progressive Präsident des Gerichts die Opposition gewarnt: „Der Versuch, über die Justiz Probleme lösen zu wollen, für die es nur politische Lösungen gibt, ist der beste Weg, diese Institution zu zerstören."

fehlbar sein, 350 Parlamentarier sich aber so irren", fragte der spitzzüngige Vizepremier Alfonso Guerra.

Selbst die sechs mit ihrer Meinung unterlegenen Verfassungsrichter warfen ihren Kollegen vor, sie wachten nicht neutral über die Verfassung, sondern maßten sich wie eine „dritte Kammer" gesetzgeberische Funktionen an.

Der Streit zwischen Regierung und Richtern geht nicht nur ums Verfassungsgericht. Anders etwa als das Militär, das den regierenden Sozis heute einigermaßen diszipliniert gehorcht, ist der Justizapparat ein Sammelbecken von Feinden der Regierung.

Nirgendwo sonst in Europa genießt die richterliche Gewalt im Staat soviel

Vergebens versuchte die Regierung, den Justizapparat zu reformieren. Allein schon die Ankündigung, sie wolle die Mitglieder des „Generalrats der Rechtsprechung", das Selbstverwaltungsgremium der Richter, künftig nicht mehr durch Kooptierung, sondern vom Parlament bestimmen lassen, trieb fast den gesamten Berufsstand auf die Barrikaden.

Auf Widerstand traf auch der Plan, das bisherige Pensionsalter spanischer Richter von 72 auf 65 Jahre zu reduzieren.

Nach dem Spruch: „Je älter die Männer, desto weiser die Urteile", fordern die vielmehr, sie sollten bis 75 im Amt bleiben dürfen.



Demonstration gegen das Abtreibungsverbot: Reaktionäre Richter

Wie angeknackst die höchste Justizinstanz nach nur fünf Jahren Tätigkeit tatsächlich schon ist, hat das Urteil über das Abtreibungsgesetz wieder gezeigt. Wie schon beim Befund über die Enteignung der Privatholding Rumasa vom Dezember des vergangenen Jahres, konnten sich die zwölf Richter auch diesmal selbst nach langen harten Diskussionen nicht einigen.

Nur sechs der zwölf fanden das Gesetz unvereinbar mit der Verfassung, die sechs anderen hingegen hielten es durchaus für verfassungskonform. Die Stimme des Präsidenten gab schließlich den Ausschlag – gegen die Reform.

Nicht nur Feministinnen und Sozialisten wetterten gegen das Urteil. „Wie sollen zwölf nicht gewählte Männer unper Verfassung garantierte Unabhängigkeit wie in Spanien. Das haben die einstigen Franco-Richter den Demokraten zu verdanken, die unter der Abhängigkeit der damaligen Justiz von der Diktatur so gelitten hatten.

Inzwischen bereuen die Gesetzgeber schon, den reaktionären Richtern soviel Freiheit zugestanden zu haben. Denn die bilden „einen Staat im Staat", klagt der Vorsitzende des Justizausschusses im Kongreß, Pablo Castellano.

Der Sozialist hat seine Erfahrung mit selbstgerechten Richtern gemacht: Weil er sie „unfähig und korrupt" gescholten hatte, wurde der Parlamentarier von einem Zivilgericht verpflichtet, das 30 Seiten lange Urteil in vier Tageszeitungen als Anzeige zu veröffentlichen.

Das Verfassungsgericht soll nun über den Konflikt zwischen der fortschrittlichen Mehrheit im Parlament und den reaktionären Richtern entscheiden. Bis das Gericht dazu Zeit findet, bleibt auch diese Reform auf Eis.

In Sachen Abtreibung will sich die Regierung auch durch den Jubel der Rechten nach dem negativen Entscheid des höchsten Gerichts nicht beeinflussen lassen. Mit den vom Verfassungsgericht geforderten Präzisierungen versehen, soll das Gesetz dem Parlament erneut zur Abstimmung vorgelegt werden. Justizminister Fernando Ledesma optimistisch: „Vor Ende des Jahres ist das Abtreibungsgesetz in Kraft."

Seine Ankündigung, auch die revidierte Abtreibungsreform wieder vors Ver-

fassungsgericht zu bringen, mußte Oppositionssprecher Ruiz Gallardón kleinlaut zurückziehen.

Denn auch unter den Frauen der konservativen Opposition ist die Mehrheit für die gemäßigte Reform der Regierung.

ÄGYPTEN

Große Gefahren

„Tausendundeine Nacht" ist Pornographie – so entschieden ägyptische Sittenhüter: Auch in Ägypten sind die militanten Moslems im Vormarsch.

Die Häscher erschienen um neun Uhr früh, die Setzer in der Druckerei des Verlegers Mohamed Ali Subeih in Kairos mittelalterlichem Azhar-Viertel hatten sich gerade an die Arbeit gemacht.

Plötzlich wurde die Tür aufgestoßen. Polizisten in schwarzen Uniformen drangen in die Räume ein und bedeuteten dem Personal, die Arbeit einzustellen.

Gleichzeitig stürmte ein Polizeioffizier die nebenan gelegene Buchhandlung, wenig später traf Verstärkung in zwei Lieferwagen ein. Nochmals zehn Minuten danach schleppten die Polizisten Kisten aus der Druckerei und luden sie in die Lieferwagen.

„Haben die Haschisch oder Goldbarren gefunden?" wollte einer der vielen Gaffer wissen, die sich rasch angesammelt hatten.

Aber die Staatsmacht hatte ihre Hand weder auf Rauschgift noch auf Schmuggelware gelegt, sondern auf etwas viel Schlimmeres: „Instrumente zur Zerstörung der Volksseele" waren sichergestellt worden, sagte ein Sprecher des Kairoer Sittengerichts.

Der Staatsanwalt wurde noch deutlicher: Drucker Subeih und andere Verleger hätten sich schuldig gemacht, die „öffentliche Moral zu untergraben".

Objekt des richterlichen Zorns war ein berühmtes Werk der Weltliteratur: „Tausendundeine Nacht", eine in Jahrhunderten gewachsene Sammlung arabischer, persischer und indischer Geschichten, übersetzt inzwischen in 42 Sprachen. Die „pornographische Urfassung" setzt nach Befund der ägyptischen Strafverfolger die 49 Millionen Bewohner des Nillandes „großen Gefahren" aus.

Alle Exemplare, auch eine frisch eingetroffene Lieferung im Libanon gedruckter „Urfassungen", wurden deshalb in Kairo beschlagnahmt. „Unfaßbar, daß unsere Vorfahren acht Jahrhunderte lang nicht bemerkt haben, was für ein volksgefährliches Gift in dieser Buchstabenkloake enthalten ist", entsetzte sich ein Mitglied der Filmzensurbehörde.

„Verbrennt dieses Buch vor allen Leuten auf einem großen Platz", ereiferte sich der Staatsanwalt. Die Zeitschrift „Nur" (Licht), Wochenblatt frömmelnder Kaufleute der „Liberalen Partei", und andere islamische Blätter stimmten in den Chor der Sittenwächter ein, als ob sie damit endlich die Lösung für Ägyptens Dauerprobleme, Überbevölkerung, Armut und wachsende soziale Spannung, gefunden hätten.

Der Schlag gegen die literarisch und zeitgeschichtlich wertvolle Sammlung von über 300 Erzählungen aus dem alten Orient ist vorläufiger Höhepunkt einer seit Jahren schwelenden Auseinandersetzung zwischen dem Lager militanter, vergangenheitsorientierter Moslems, denen der Islam alleinige Richtschnur für das Leben ist, und fortschrittlichen Ägyptern, die darin allenfalls ein Instrument zur Förderung staatsbürgerlicher Moral sehen.

Die Frommen sind auf dem Vormarsch – auch in Ägypten. Schon verlangten drei der sechs zugelassenen Parteien die Einführung der islamischen Rechtsprechung, der Scharia, die bereits in Saudi-Arabien, im Sudan, in Pakistan und im Iran das zivile Strafgesetzbuch ersetzt.

In Ägypten schnitten die Zensoren Bauchtanzszenen aus einem Film heraus, legten Hand an Erfolgsfilme des beliebten Schauspielers Hussein Rijad und merzten ohne Rücksicht auf das Verständnis alle Szenen aus, die etwa zeigten, wie Sklaven und Konkubinen versteigert werden.

Die Hüter der ägyptischen Moral beeindruckt keineswegs, daß die – in der Tat zum Teil erotischen – Abenteuer- und Liebesgeschichten der Scheherezade in Tausendundeine Nacht bereits seit 150 Jahren von der ägyptischen Staatsdruckerei gedruckt und in Umlauf gebracht werden. Rigoros drohte der oberste Sittenrichter den Verlegern mit mehrjähriger Freiheitsstrafe, falls sie den nun laufenden, vom Staat angestrengten Prozeß verlieren sollten.

In Arabiens bekanntester Tageszeitung, der regierungsnahen Kairoer „Al-Ahram", verlangte der Puritaner Ahmed Bahgat in einem seiner täglichen Kommentare, „sämtliche Bücher unseres nationalen Erbes" auf Sittenreinheit zu untersuchen und zu „reinigen".

Ägyptens Intellektuelle wehren sich. „Wir geben nicht auf", gelobt der Kunstkritiker und Maler Salah Tahir. Er wagte es sogar, die Sittenfanatiker für verrückt zu erklären: „Sie sollten in psychiatrische Behandlung gehen."

„Die gefährlichste Art aller Arten von Dummheit", nennt der Literaturprofessor Mustafa Abdel-Ghani die Entschlossenheit des Sittendezernats der Polizei,





Illustrationen zu „Tausendundeine Nacht"
„Wir sind ein Volk von Erwachsenen"